Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.60 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im am. ich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4669.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden 8gespalt. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 25 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 75 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 599. Halle, Dienstag, den 23. Dezember 1919. Einzelpreis 10 Pfg.

Von den deutschen Gefangenen in Sibirien.

WTB. Berlin, 22. Dez. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Das Schicksal der deutschen Gefangenen in Sibirien, das immer der Gegenstand der ernstesten Besorgnis gewesen ist, hat eine weitere Verschlimmerung erfahren. Durch einen jetzt gefaßten Beschluß des Obersten Rates in Paris ist der deutschen Regierung jede Möglichkeit genommen worden, mit dem Abtransport zu beginnen, obgleich es gelungen war, japanische Tonnage zu diesem Zweck zu beschaffen. Der Oberste Rat hat angeordnet, daß die deutschen Kriegsgefangenen nicht eher abtransportiert werden dürfen, als bis sämtliche in Sibirien befindlichen Tschechoslowaken heimgeschafft sind. Die Frage der Heimsendung der deutschen Gefangenen soll der Gegenstand einer besonderen Vorlage bei der Entente sein. Inzwischen ist unter Aufbietung großer Geldmittel die laufende Hilfs- und Fürsorgetätigkeit für die sibirischen Gefangenen durchgreifend erweitert worden.

Deutscher Besuch bei den Kriegsgefangenen.

WTB. Paris, 22. Dez. Anläßlich des Weihnachtsfestes hatte die deutsche Regierung bei der französischen Regierung um die Befugnis nachgesucht, daß katholische und protestantische Feldprediger die deutschen Gefangenenlager in Frankreich besuchen dürften. Die Regierung hat diesem Ersuchen entsprochen.

WTB. Berlin, 22. Dez. (Drahtnachricht.) Die Bestätigung der Havasmeldung, wonach die französische Regierung den deutscherseits an sie gerichteten Ersuchen um Zulassung des Besuches protestantischer und katholischer Feldgeistlichen in den deutschen Gefangenenlagern in Frankreich entspricht, liegt nunmehr vor.

Heimkehr aus England.

Berlin, 22. Dezbr. (Eigene Drahtnachricht.) Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Von den bisher noch in England zurückgehaltenen Gefangenen — ihre Zahl wurde am 9. Dezember von einem englischen Informationsbureau in London auf 3621 bezziffert — kehren 1800 in den nächsten Tagen heim.

Deutschösterreich vor dem Abgrund.

Wien, 22. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Im Gegensatz zu der bisherigen Annahme, daß die von der Entente Deutschösterreich bewilligten 30 000 Tonnen Getreide in Triest bereits in Verladung begriffen sind, erhielt der Staatssekretär für Volksernährung bei seiner Rückkehr aus Paris die Meldung, daß nach Abwicklung der alten Getreideabschlüsse seit vier Tagen in Triest die Verladung vollständig eingestellt sei. Nunmehr stehen in Triest Hunderte der von der deutschösterreichischen Regierung dahin entsandten Waggons unbenutzt. Was nun aus Deutschösterreich werden soll, ist in Dunkel gehüllt. In der nächsten Woche wird wahrscheinlich die Brotquote abermals herabgesetzt werden. Auch die Kohlenvorräte sind nahezu erschöpft, mit einem Worte, Deutschösterreich steht vor dem Abgrund.

Prag entrüstet sich.

Prag, 22. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Die gesamte tschechische Presse ist sehr entrüstet darüber, daß Dr. Renner aus Paris nur wenige Brosamen gebracht und ist der Ansicht, daß die Tschechoslowakei verurteilt werden wird, das zu ersetzen, was Renner aus Paris nicht mitgebracht hat. Die tschechische Presse ist der Ansicht, daß der Schwerpunkt von Paris nach Prag verlegt wurde und daß Dr. Renner bestrebt sei, auf Kosten des tschechoslowakischen Staates für Deutschösterreich zu beschaffen, was man ihm in Paris verweigert habe.

Die verzweifelte Lage Spaniens.

Kopenhagen, 22. Dezbr. (Eigene Drahtnachricht.) „Politiken" meldet aus Paris: Ueber die Lage in Spanien laufen fortgesetzt die alarmierendsten Nachrichten ein. Die Krise, die das Land im Augenblick durchmacht, wird als äußerst ernst bezeichnet. Die Ursache der starken Unruhen sei in der furchtbaren Teuerung und den niedrigen Löhnen zu suchen. Besonders die Situation in Barcelona gilt als bedenklich. Bombenattentate gehören zur Tagesordnung. In den letzten drei Monaten sind in Spanien 100 Arbeitgeber ermordet worden. Auch der Polizeipräsident von Valencia wurde ermordet. Die politische Situation des Landes gilt als geradezu verzweifelt, da keine Partei imstande sei, sich am Ruder zu halten. Selbst der persönliche Einfluß des Königs sei nicht mehr imstande, eine nationale Sammlung herbeizuführen.

London—Köln.

Köln, 22. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) In London ist die Errichtung einer neuen Nederei erfolgt, die mit Wirkung vom 1. Januar 1920 ab einen direkten Schiffsverkehr zwischen London und Köln einrichten wird.

Die englische Arbeiterpartei und die irische Frage.

Haag, 22. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Aus London wird berichtet: Die englische Arbeiterpartei hat entsprechend ihrem letzten Beschluß infolge der Vereinigung mit der irischen Nationalistenpartei eine Abordnung von sechs Mitgliedern unter der Führung von Henderson und Clynes ernannt, die sofort nach Irland abreisen wird, um die dortigen Verhältnisse zu prüfen.

Vor großen politischen Kämpfen in England.

Kopenhagen, 22. Dezbr. (Eigene Drahtnachricht.) „Politiken" meldet aus London: Lloyd George wurde in einer längeren Audienz vom König empfangen. Wie bekannt, hat die Arbeiterpartei die Absicht, im Januar eine großangelegte Kampagne für die Sozialisierung der Bergwerke einzuleiten. Sollte die Regierung die Forderungen der Arbeiter nicht annehmen, so werden diese ihre Absicht durch Zwangsmittel, also durch den Generalstreik, erzwingen. Die Antwort der Regierung auf die Herausforderung der Arbeiter werde jedoch die Auflösung des Parlaments und die Ausschreibung von Neuwahlen am Beginn des Februar sein.

Die Versorgung Mitteleuropas durch Amerika.

WTB. New York, 22. Dez. (Drahtnachricht.) Reuter. Der Präsident der Getreidekorporation Harnes hat dem Plan Hoovers, an Mitteleuropa Lebensmittel auf Kredit unter Benutzung des Kapitals der Getreidekorporation zu liefern, zugestimmt. Er schlägt vor, daß der Kongreß die Ermächtigung zu einer Anleihe von 100 Millionen Dollar für diesen Zweck erteilen möge.

Annahme der Entschließung Knox' über den Friedenszustand mit Deutschland.

WTB. Amsterdam, 22. Dezember. (Drahtnachricht.) Das Reuter-sche Büro meldet aus Washington, daß der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten die neuentworfene Entschließung des Senators Knox, in der der Friedenszustand mit Deutschland erklärt wird, mit 7 gegen 3 Stimmen angenommen hat. Die Entschließung tritt für eine Friedenserklärung, für Beibehaltung aller materiellen Vorteile, die für die Vereinigten Staaten aus dem Vertrage von Versailles erwachsen und für die Befestigung der allgemeinen Unterstützung praktischer Pläne eines internationalen Friedensbundes durch die amerikanische Regierung ein.

Amerika sichert sich.

WTB. Amsterdam, 22. Dez. (Drahtnachricht.) Das Reutersche Bureau meldet aus Washington: Das Repräsentantenhaus hat die Einwanderungsbill einstimmig angenommen, in der die Deportierung aller Ausländer vorgesehen ist, die zu anarchistischen Organisationen gehören.

Wiedereinführung der mitteleuropäischen Zeit im besetzten Gebiet.

WTB. Koblenz, 22. Dez. (Drahtnachricht.) Auf die Vorstellungen des Reichskommissars wegen Wiedereinführung der früheren Zeitbestimmung im besetzten Gebiet hat die interalliierte Rheinlandkommission dahin entschieden, daß nach der Ratifizierung des Friedensvertrages und nach Ablauf einer gewissen Frist für die nötigen Uebergangsvorarbeiten die mitteleuropäische Zeit für das bürgerliche und wirtschaftliche Leben wieder eingeführt werden wird. Für die Eisenbahnen bleibt es bei der westeuropäischen Zeit.

Zur Verfügung der interalliierten Kommission.

Auch hier nur Handlanger der Entente!

WTB. Berlin, 22. Dez. Von zuständiger Seite wird festgestellt: Die Annahme, die deutsche Regierung habe über die in das Lager von Neiße gebrachten Baltikum-Russen das freie Verfügungsrecht, trifft nicht zu. Diese Russen sind auf Anordnung der interalliierten Baltikum-Kommission nach Deutschland abtransportiert worden und stehen weiterhin zur Verfügung dieser Kommission.

Polnische Drohungen gegen oberschlesische Beamte.

Beuthen, 22. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Unverschämte Drohungen gegen die oberschlesische Beamtenschaft werden von den polnischen Blättern ausgestoßen. Die deutschen Beamten, die gemäß ihres Diensteides für ihr Vaterland eingetreten sind, werden mit Eintragung in schwarze Listen bedroht. Auf der anderen Seite wird denen, die zu den Polen übertreten, gute Beförderung in Aussicht gestellt. Verständige Kreise mißbilligen dieses schmutzige Manöver, das dem Friedensvertrage zuwiderläuft.

Für den Einheitsstaat.

WTB. Berlin, 22. Dezember. In „Vorwärts" heißt es in einem Leitartikel des preußischen Ministerpräsidenten zu der Frage des deutschen Einheitsstaates unter anderm: „Kein Zweifel, daß die Gelegenheit heute weniger günstig ist als vor Jahresfrist. Zieht man sich von Vernunftgründen leiten, so spricht alles für, nichts gegen den Einheitsstaat. Aber gerade bei dieser Frage spielt neben der Vernunft das Gefühl eine große Rolle. Man fürchtet, in einem Einheitsstaat von Preußen verschlungen zu werden, obwohl kein vernünftiger Mensch in Preußen daran denkt. Man übersieht, daß die Reichsverfassung die preußische Vorherrschaft in Deutschland endgültig beseitigt hat, und daß Preußen heute keinerlei Sonderrechte mehr besitzt. Die Zeit arbeitet für die Freunde des Einheitsstaates. Der Tag wird kommen, an dem alle Widerstände überwunden sind. Preußen, das vielverkannte und vielgeschmähte, wird es an einer tatkräftigen Förderung nicht fehlen lassen."

Diktatur und Terrorismus.

Der frühere Redakteur der „Freiheit", Dr. Nestriepke, der einst der Barthschen Demokratischen Vereinigung angehörte, um nach der November-Revolution bei den Unabhängigen zu landen, hat jetzt seinen Austritt aus der U. S. P. erklärt, weil er mit den Beschlüssen des Leipziger Parteitages nicht einverstanden ist. Er begründet diesen Austritt in einem Schreiben, in dem es heißt: „Ich lehne jede Diktatur ab, auch die einer proletarischen Gruppe, deren Grundlage ein Rätesystem mit Entrechtung bestimmter Bevölkerungsschichten bildet. Jede Minderheitsdiktatur muß zu den Methoden des Terrors führen und scheint mir ungeeignet, den sozialistischen Umbau der Gesellschaft zu vollziehen." Das Organ der Reichszentrale der K. P. D., die „Rote Fahne", erklärt diese Haltung Nestriepkes für ehrlicher und konsequenter als die der Hilferding und Ledebour, die im wesentlichen auf demselben Standpunkt wie er gegenüber die Diktatur und dem Terrorismus stünden. Dr. Nestriepke wird sich übrigens nicht den Mehrheitssozialisten anschließen, sondern ähnlich wie Kautsky und Ströbel in „glänzender Isolierung" verharren.

In einem Leitartikel über „proletarische Diktatur oder Terrorismus" tritt die Berliner „Rote Fahne" gegenüber dem antiterroristischen Standpunkt Dr. Nestriepkes und Genossen eifrig für die Anwendung des Terrors ein. Sie schreibt, das Gerede über Diktatur ohne Terrorismus heiße nur die Massen einschläfern und die einzige Folge würde sein, daß die Arbeiterschaft in den Kampf ziehe ohne Bewußtsein der Gefahr und deshalb unterliegen müßte. Diese Gefahr sei um so größer, je unsicherer die Führer seien. „War die Geschichte der ungarischen Räteregierung und ebenso der in München kennt, der weiß, welchen zersetzenden Einfluß die jüdischen Jünglinge (Jünglinge ohne Unterschied des Alters) bei ihrem Fall spielten; und deshalb ist der Einfluß, den das Kautskysche Buch noch auf einen Teil der unabhängigen Führer ausübt, ein Warnungssignal. Es warnt das Proletariat, Papierkenntnissen Glauben zu schenken." Die Massen müßten Führer haben, deren Hand nicht zittere und die bereit seien, alles zu tun, was die harte Notwendigkeit erfordere. Das Proletariat lechze nicht nach Blut, es wisse, daß Gewalt und der Terror nicht Kohle und Brot schaffe, daß die Bauern nicht gezwungen werden können, ihren Acker zu bearbeiten. Die Diktatur mit dem Terrorismus sei für das Proletariat kein Herzensbedürfnis, keine selbstgewählte Taktik, aber sie werde ihm aufgezwungen und sie werde auf sie erst verzichten, sobald sie ihrer zu entbehren in der Lage sein werde. „Im Prozeß der sozialistischen Revolution werden wir immer wieder zu untersuchen haben, ob eine oder die andere Schicht des Bürgertums nicht an die Gewalt mit herangezogen werden kann, ob der Kreis der Gleichberechtigten nicht auszudehnen ist, und sie wird mit Glockenschlag und Freudenruf den Tag begrüßen, an dem alle Ketten verschwinden, aller Unterdrückung ein Ende gemacht werden kann. Die Politik des Proletariats wird sein: wir gehen friedlich zu unseren Zielen vor, wenn möglich — mit Gewalt, wenn notwendig. Die historischen Erfahrungen des Proletariats sagen ihm, daß die Gewalt notwendig sein wird, es hängt nur von der Bourgeoisie ab, diese Erfahrungen zu korrigieren."

Dieser Standpunkt, der immerhin auf eine Erweiterung der Diktatur auch auf weitere Schichten der Bourgeoisie ausgeht, wird übrigens nicht von allen Kommunisten für richtig gehalten. Gerade der Anhängerschaft der Reichszentrale, die in der „Roten Fahne" ihr Sprachorgan hat, wird von den oppositionellen radikalen Kommunisten immer wieder vorgeworfen, daß sie mit der Bourgeoisie zu paktieren suche. — Wir müssen gestehen: wir finden die Haltung dieser Opposition konsequenter. Denn es ist doch ein Unsinn, von einer Zukunft zu sprechen, wo alle Ketten gefallen und zugleich diese Ketten einer Volksmehrheit anlegen zu wollen. Oder glaubt die „Rote Fahne", daß sich die große Mehrheit des deutschen Volkes, die zweifellos nicht kommunistisch ist, von einer Minderheit eine Diktatur aufzwingen läßt, ohne sich zu wehren? Die Kommunisten sind es, die mit Gewalt ihre Minderheitsdiktatur in einem friedlichen Lande errichten wollen, sie werden die Volksmehrheit zum schärfsten Abwehrkampf gerüstet finden.

Ein englischer Leutnant überfallen.

Reichswehrminister Noske entschuldigt sich persönlich!

WTB. Berlin, 22. Dez. Ein Mitglied der englischen Militärmission in Berlin, Leutnant Spearman, ist am Sonnabend abend auf dem Bahnhof Zoologischer Garten, als er in einem unbeleuchteten Teil des Bahnhofs auf seinen Zug wartete, das Opfer eines Raubanfalls geworden. Der Reichswehrminister in Begleitung seines persönlichen Adjutanten, sowie der Polizeipräsident haben heute beim Chef der englischen Mission vorgesprochen und ihm ihr Bedauern über den Vorfall zum Ausdruck gebracht.

(Wenn in England zehn Deutsche erschlagen werden, ob sich dann auch nur ein einziger — Lakai entschuldigen wird?)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191223018/fragment/page=0001

Deutschnationale gegen Stresemann.

Die „Nationalliberale Korresp." hat darüber Klage geführt, daß Deutschnationale entgegen parlamentarischer Sitte in Breslau in einer Stresemann-Versammlung der Deutschen Volkspartei Redner niedergeschrien haben. Die „Kreuzztg." antwortet darauf am 20. Dezember, daß die Deutsche Volkspartei trotz eifriger Werbearbeit es in der Einhalbmillionenstadt Breslau nur auf einige hundert Mitglieder gebracht hat. Die „Kreuzztg." schreibt dann weiter:

„Am 15. Dezember veranstaltete sie in Breslau eine Werbeversammlung, zu der der Abgeordnete Stresemann erschien. Dieser plante offenbar eine Wiederholung des bekannten Husarenritts, den einst die Nationalliberalen nach Ostelbien unternommen hatten. Aber wohlunterrichtet über die hier herrschende, vorwiegend konservative Stimmung war er sorgfältig bemüht, diejenigen Programmpunkte seiner Partei zu verschleiern, die Anstoß erregen konnten. So betonte er denn vor allem die monarchische Gesinnung seiner Partei, unter völliger Verschweigung dessen, daß sie sich im März dieses Jahres in der Nationalversammlung feierlich zur Republik bekannt hatte."

Die „Kreuzztg." behauptet ferner, daß deutschnationale Redner, trotz Verkürzung der Redezeit auf fünf Minuten, der Versammlung klargemacht hätten, „daß Herr Stresemann unter Verhüllung des tatsächlichen Charakters seiner Partei eine deutschnationale Rede gehalten habe". Das Generalsekretariat der Deutschen Volkspartei habe dann über die Versammlung einen unerhörte Beschimpfungen der Deutschnationalen enthaltenden Bericht versandt. Die Deutschnationalen haben geantwortet, daß sie eine Rektifizierung des Generalsekretariats durch den Vorstand der Deutschen Volkspartei erwarten. Jedoch — so schließt die „Kreuzztg." ihre Anklage gegen die Deutsche Volkspartei:

„Nach dem bisherigen Verhalten des Vorstandes ist leider anzunehmen, daß diese Rektifizierung ausbleiben wird. Es bleibt danach die traurige Tatsache bestehen, daß durch die Schuld der schlesischen Führer der Deutschen Volkspartei ein offener Bruch zwischen den beiden Rechtsparteien, die wahrlich allen Grund zum Zusammenhalten hätten, eingetreten ist, ein Bruch, der unheilbar zu werden droht, falls nicht die Zentralleitung der Deutschen Volkspartei eingreift."

Skandalaffären bei der „Viktoria".

Berlin, 22. Dezember. Laut „Voss. Ztg." zerschlugen heute Beamte der Viktoria-Versicherungsgesellschaft, die erfahren hatten, daß in einem Raume des Hauses zwei leichte und zwei schwere Maschinengewehre, sowie mehrere Gewehre lagerten, die Gewehre im Hofe, weil sich die Nachricht verbreitet hatte, daß die Leitung der Gesellschaft die Massen gegebenenfalls gegen die Angestellten verwenden wollte. Die Arbeit in den Betrieben ruht fast ganz. Wie das Blatt vor der Leitung der Viktoria erfährt, handelt es sich um ein Mißverständnis. Einige im Verwaltungsgebäude der Gesellschaft wohnende Beamte hatten die Waffen nach einer Uebung bei der Einwohnerwehr, die bis in die Nacht gedauert hatte, ohne Vorwissen der Leitung im Nebenhause der Viktoria eingestellt. Die Erregung der Angestelltenschaft wegen der seit längerer Zeit schwebenden Tarifverhandlungen zurückzuführen sein.

Eine Rede Nittis in der italienischen Kammer.

WTB. Rom, 22. Dez. (Agenzia Stefani.) Die Kammer hat das Budgetzwölftel angenommen. Ministerpräsident Nitti hielt eine große Rede, in der er namentlich auf die Behauptungen der Redner in den vorangegangenen Sitzungen antwortete und erklärte, daß Italien in Europa zugunsten des Friedens arbeiten wolle. Bezüglich der Adriafrage betonte Nitti, daß Italien die freundschaftlichen Beziehungen zu den Südslawen aufrechterhalten wünsche. Die Frage von Fiume habe für Italien eine moralische, nicht aber wirtschaftliche Bedeutung. Die Alliierten hätten Italien in der Frage von Fiume niemals Schwierigkeiten bereitet. Nachdem Nitti seinem Vertrauen in die Zukunft des Landes Ausdruck gegeben hatte, hob er die Notwendigkeit einer ausländischen Anleihe hervor und erklärte sich zur Annahme der Tagesordnung Massiori bereit. Die von ihm zu dieser Tagesordnung gestellte Vertrauensfrage wurde unter Namensaufruf mit 242 gegen 216 Stimmen angenommen. Ueber alle gewünschten Erklärungen, namentlich über die Frage von Montenegro, bezüglich der Auskunft über die Kriegsausgaben usw. nahm die Kammer eine Tagesordnung Alessio an, die die Regierung einlädt, einen Gesetzentwurf über die Revision der Kriegsausgaben einzubringen. Bezüglich der Zensur erklärt Nitti, daß sie aufgehoben werden würde, sobald die Frage von Fiume gelöst sei.

Blutige Kämpfe bei Cetinje.

WTB. Paris, 22. Dez. Der „Tempo" meldet: Nach einer Mitteilung der montenegrinischen Regierung, daß zwischen dem 11. und 12. Dezember in der Umgegend von Cetinje blutige Kämpfe zwischen Serben und Montenegrinern stattgefunden haben. Die montenegrinische Regierung hat ihre Proteste wegen der Besetzung des Landes durch die Serben bei der Friedenskonferenz wiederholt.

Griechisch-türkische Kämpfe.

WTB. Paris, 22. Dez. Nach einer Meldung des griechischen Hauptquartiers aus Smirni sollen wiederum Kämpfe zwischen griechischen und türkischen Truppen in der Gegend von Aidin und Magnesia stattgefunden haben. Die Türken wurden zurückgeschlagen.

Schwedisches Erz für Deutschland.

WTB. Berlin, 22. Dezember. Wie die „Voss. Ztg." aus zuverlässiger Quelle erfährt, ist jetzt eine Milderung der Einfuhrbestimmungen der Entente für schwedische Erze, die an deutsche Werke geliefert werden sollen, zu erwarten. Von den der Stettiner Reederei Kunzmann gehörenden Dampfern, die mit Erzen für Deutschland, insbesondere oberschlesische Werke, beladen in schwedischen Häfen liegen, haben heute fünf Dampfer Ausfuhrerlaubnis und freie Geleitscheine erhalten. Sie werden in den nächsten Tagen eintreffen.

Der Aufstand in Aegypten.

WTB. Paris, 22. Dez. Das „Journal" erklärt, die Unruhen in Aegypten seien darauf zurückzuführen, daß die Kopten und Muselmanen auf keine der Ansichten, die die Mission Lord Milners stützen werde, antworten wollen. Als die Mission eintraf, schlossen die Geschäftsleute ihre Läden. In einem Aufruf wurde das Volk von Aegypten aufgefordert, die Untersuchungskommission zu boykottieren. Antwort auf ihre Fragen bedeute ein stillschweigendes Anerkenntnis des englischen Protektorats. Außerdem bestehe der Belagerungszustand, und man lebe unter dem Standrecht, so daß also die Antworten nicht in voller Freiheit gegeben werden könnten. Als Milner sah, daß er in Kairo die Untersuchung nicht führen könne, habe er sich nach Niederägypten begeben, wo er eine bessere Aufnahme zu finden hoffe. Die ägyptische Delegation aber glaube, daß er auch dort keine Gegenliebe finden werde. Inzwischen hätten die Engländer eine Anzahl ägyptischer Würdenträger ins Gefängnis geworfen. Dadurch erkläre sich der Aufstand.

Rückt Lenin in den Hintergrund?

Stockholm, 22. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Krasnoje Gorka" meldet: Als der Vereinigte Rätekongreß in Moskau am 20. Dezember ein neues Exekutivkomitee wählte, fiel die höchste Stimmenzahl auf Kalinin, der Vorsitzender wurde. Lenin wurde zweiter Vorsitzender. Damit ist die Macht Lenins in Rußland wesentlich abgeschwächt. Lenin überragt Kalinin den Vorsitz mit einer Ansprache, in der er betonte, die Hauptaufgabe sei die Beschaffung von Brot und die Bekämpfung der drohenden Epidemien.

Deutsches Reich.

Zentrum und Regierung.

In einem Rückblick auf die Tätigkeit der Parlamente berührt die „Germania", das Berliner Organ des Zentrums, die Haltung des Zentrums in der gegenwärtigen politischen Lage. Dabei kommt das Blatt zu dem folgenden Ergebnis:

„Es zeigt sich immer mehr, daß das Zentrum die einzig mögliche Politik verfolgt hat, als es sich zur Mitübernahme der Regierung entschloß. Die Rechtspartei ist haben im Landtag gegen den Etat gestimmt und auch in der Nationalversammlung ihre Zustimmung zu den Steuergesetzen versagt. Man stelle sich einen Augenblick vor, auch das Zentrum wäre in die Opposition gegangen und die Folgen der Verweigerung der Existenzmittel des Staates kämen zur Auswirkung. Was wäre dann wohl aus Deutschland geworden? Die andere Möglichkeit, daß das Zentrum mit den anderen bürgerlichen Parteien einen Block bilden könnte, um die Regierung zu übernehmen, muß für jeden völlig ausscheiden, der sich einen ungetrübten Blick für die politischen Verhältnisse bewahrt hat. Gegen oder auch nur ohne die Sozialdemokratie kann heute ebensowenig regiert werden, wie mit den Deutschnationalen: Denn diese haben gezeigt, daß sie aus der Vergangenheit nichts gelernt haben und daß sie schlechterdings unbelehrbar sind. Die Zeit ist wahrlich zu politischen Experimenten nicht geeignet, am allerwenigsten mit den Katastrophenpolitikern, die in den Rechtsparteien das große Wort führen."

Helfferich verweigert die Zahlung der Geldstrafe.

Der zweite Unterausschuß des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses hat dem Staatsminister Dr. Helfferich seinen Beschluß, der die wegen Verweigerung der Antworten an den Abgeordneten Dr. Cohn verhängte Geldstrafe von 300 Mark aufrechterhält, durch die Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts Berlin-Mitte zustellen lassen mit der Aufforderung, den Betrag innerhalb zweier Wochen an die Bürokasse des Reichstages zu zahlen. Wie die Telegraphen-Union hört, betrachtet Dr. Helfferich in Uebereinstimmung mit der von Prof. Binding begründeten Auffassung das Urteil des Ausschusses nach wie vor als unaesetzlich und nichtig. Dr. Helfferich wird bei seinem Einspruch beharren und die Zahlung der Geldstrafe verweigern.

Infolge Kohlenmangels . . .

Köln, 22. Dez. Infolge Kohlenmangels ist der Betrieb der elektrischen Straßenbahn in verschiedenen Orten in Frage gestellt. In Krefeld wurde der Betrieb der Straßenbahn vom 21. bis zum 31. Dezember ganz eingestellt. In München-Gladbach ruht der Betrieb gleichfalls. Auch industrielle Werke sind in Mitleidenschaft gezogen.

Der Exkronprinz beim Exkaiser.

Amsterdam, 22. Dezember. Laut „Algemeen Handelsblad" wird der frühere deutsche Kronprinz die Weihnachtsfeiertage beim Exkaiser in Amerongen verleben.

Ausland.

Frankreichs Garantie für Belgien.

WTB. Paris, 22. Dez. Der „Tempo" erklärt, offenbar halbamtlich, daß es entgegen gewissen Behauptungen niemals in der Absicht der französischen Regierung gelegen habe, die Garantie, die Belgien für die Unverletztheit seines Gebietes gegeben werden soll, auf fünf Jahre zu beschränken oder sie irgendwie abhängig zu machen von der belgischen Neutralität.

Halle und Umgebung.

Halle den 23. Dezember 1919.

Die japanische Revolution.

Vortrag in der Deutschen Gesellschaft für Politik.

Im Rahmen der Vortragsreihe der Deutschen Gesellschaft für Politik sprach Prof. Dr. Waentig im Auditorium maximum der Universität über die „Japanische Revolution".

Die Geschichte Japans seit dem 7. Jahrhundert ist charakterisiert durch fortwährende nur durch einzelne Perioden des Friedens unterbrochene Kämpfe zwischen wenigen großen Familien um die Herrschaft im Staate. Wohl gab es einen Kaiser, er hatte aber keinen Einfluß. Die Fujiwara, die erste Familie, die sich der Leitung des Staates bemächtigt hatte, hielten den Kaiser von allen Regierungsgeschäften fern, in diesem Vorgehen begünstigt durch den Glauben der Japaner an die himmlische Herkunft ihrer Kaiserfamilie. Wie durfte der Kaiser, der dem göttlichen Wesen so nahe stand, sich mit weltlichen Dingen beschäftigen! Die Fujiwara wurden abgelöst durch die sich heftig befehdenden Familien der Taira und Minamoto, von denen nach langen Kämpfen die letztere die Oberhand behielt. Diese bemächtigte sich der Stellung des Shoguns, d. h. des Oberbefehlshabers. Eine neue Art der Regierung entstand, die Militärdiktatur. Andere Familien folgten. 1603 brachten die Tokugawa den Shogunat zu ihrer Gewalt. Mit der Herrschaft dieser Familie beginnt eine 2½ Jahrhunderte währende Periode des Friedens für Japan. In dieser Zeit erhielt das Feudalsystem seine größte Ausbildung, indem verstanden es die Shoguns, durch raffinierte Mahregeln die Daimios, d. h. die Feudalherren, in ihrer Machtstellung zu erhalten. Charakterisiert ist die Zeit der Tokugawa durch den völligen Abschluß Japans von der Außenwelt. Diese Isolierung hat viel dazu beigetragen, der japanischen Kunst die eigenartige Ausprägung zu geben, die sie auch dem Europäer so interessant macht.

Die Pflege der Wissenschaft lenkte die Aufmerksamkeit auf eine alte Chronik, Kojiki genannt, in der die himmlische Herkunft der Kaiserfamilie und die Taten der ersten Kaiser verherrlicht wurden. Hieran schloß sich eine ganz unpolitische Schule an, die den Gedanken eines machtvollen Kaisertums vertrat. Diese Ideen griffen die unzufriedenen Daimios und die Samurai, die Kriegerkaste, auf, um das Volk gegen die Shogune aufzuwiegeln, die in die Kaiser zu Schatten herausgedrückt hatten. Noch von einer anderen Seite her machte sich eine Strömung gegen die Shogune geltend. Angeregt durch holländ'sche Bücher bildete sich im Süden des Landes ein Kreis von Japanern, die eine Oeffnung des Landes anstrebten. Diese beiden Bewegungen benutzten den Beginn der Revolution, deren Krise mit der Landung eines amerikanischen Geschwaders unter Perry im Jahre 1853 eintrat. Der Shogun sah ein, daß er sich dem Auslande gegenüber nicht dauernd ablehnend verhalten könne. Er schloß daher mit den Fremden einen Vertrag, der diesen alle japanischen Häfen öffnete. Dieses Vorgehen rief bei den kaisertreuen Daimios einen Sturm der Entrüstung hervor. Ein Bürgerkrieg schien unvermeidlich. Die Folge wäre eine Ueberschwemmung des Landes durch Fremde gewesen, das sich ihrer nicht hätte erwehren können. Der japanische Staat wäre untergegangen. Die Gefahr erkannte der Shogun. Um das Vaterland zu retten, opferte er seine Machtstellung. Er legte seine Macht in die Hände des Kaisers zurück. Dieser schaffte das Shogunat ab, erklärte, mit dem Ausland in Frieden leben zu wollen und dem Lande eine Verfassung geben zu wollen. Aber noch war ein festes Auftreten den Fremden gegenüber nicht garantiert. 277 Daimios erkannten den Kaiser nur formell an. Da trat ein unerwartetes Ereignis ein: eine große Zahl Daimios verzichteten auf ihre Posten. Die anderen ließen sich mit einer Geldentschädigung abfinden. Jetzt setzte eine gewaltige Reformbewegung ein. Wehrpflicht und Schulzwang wurden eingeführt, Eisenbahnen und Telegraphenlinien wurden gebaut. Noch einmal flackerte eine reaktionäre Bewegung auf. Die Kriegerkaste der Samurai ist, obgleich kaisertreu gesinnt, mit der auf Erhaltung des Friedens gerichteten Außenpolitik nicht zufrieden. Sie kann sich nicht in das bürgerliche Leben einordnen, sie verlangt nach Krieg. Ein Aufstand entsteht, wird aber mit großen Opfern niedergeschlagen. Am 11. Februar 1889 erhält Japan eine nach europäischem Muster zugeschnittene Verfassung. Die Revolution ist beendet.

Wir leben also, daß der japanische Staat sich seine Existenz nur durch rücksichtslosen Bruch mit eingewurzelten Einrichtungen gerettet hat, und daß jede Klasse bereit war, ihre Rechte zu opfern, um den Staat lebensfähig und mächtig zu erhalten. Mit Recht steht am Anfang einer jeden japanischen Kinderfibel das Wort: „Sei stolz, daß du ein Japaner bist". Möchten wir Deutsche doch von diesem Volke im Osten lernen, und möchte die Zeit kommen, wo wir unseren Kindern einprägen können: „Sei stolz, daß du ein Deutscher bist".

Die Steinkohlenvorräte Mitteldeutschlands.

Vortrag im Erdkundeverein.

In der letzten Sachsitzung des Sächs.-Thüringischen Vereins für Erdkunde zu Halle sprach Herr Privatdozent Dr. Joh. Weigelt über „Die Steinkohlenvorräte Mitteldeutschlands".

Steinkohle tritt in unserer Gegend in zwei verschiedenen Formationen auf: im Oberkarbon bei Wettin und Löbejün-Plötz und im Rotliegenden (Perm) bei Döhlen-Mittelsteinkohlenlagerstätten u. a. Am ältesten, jedoch lokal beschränkt sind die Steinkohlenlager der Grillenberger Schichten.

Die ältesten Mitteilungen über das Vorkommen von Steinkohle in Mitteldeutschland haben wir in den noch immer ungedruckten Manuskripten Werner v. Veltheims, der aber die falsche Ansicht vertritt, daß der ältere Porphyr das älteste Gestein unserer Gegend wäre und die Steinkohlen über demselben lagern müßten. Auch Leibnitz sieht auf dem Boden von Veltheims. Der Irrtum, daß der ältere Porphyr das älteste Gestein unserer Gegend wäre beruht darauf, daß bei Löbejün Kohlenflöze und Schichten stark aufgebogen sind und sich im Hangenden des älteren Porphyrs befinden. Man hatte nicht berücksichtigt, daß diese Lagerungsverhältnisse auch durch tektonische Umlagerungen geschaffen sein könnten. Die vielen Bohrungen nach Steinkohle, die zu Leibnitzens Zeit ausgeführt wurden, waren natürlich vergeblich, denn man bohrte eben nicht tiefer, als bis der ältere Porphyr erreicht war. Beschlag und v. Fritsch faßen dagegen die Buchten, in denen sich Steinkohlenlager finden auf als Partien des Untergrundes, die von dem Lavastrom aufgehogen werden wären. Es wurden zwei Bohrungen ausgeführt: die 1. bei Sennewitz mußte, da man in den Ausbruchskanal des älteren Porphyr geraten war, aufgegeben werden; bei der 2. bei Dürrenberg-Schladebach durchbohrte man die gesamte Schichtenfolge bis zum Devon. Wohl konnte das Vorkommen von Steinkohlenflözen nachgewiesen werden, doch die Produktivität wäre wohl zu gering gewesen.

Das Oberbergamt Halle bemüht sich zurzeit um die Wiederaufnahme des Stein'ohlenbergbaus in der Wettiner und Löbejünner Gegend. Redner wies auf den schwungvollen Handel der Wettiner mit Steinkohle in der Zeit nach 1870 hin. Nach vorsichtigen Schätzungen sollen bei Wettin noch 17 Millionen Zentner bei Löbejün 10 Millionen Zentner in nicht allzu großen Tiefen lagern. Wenn auch die Mengen, die dort gewonnen werden könnten nur gering sind, so werden auch sie in der jetzigen Zeit der Not recht willkommen sein.

Die nächste Sachsitzung des Vereins findet am 28. Januar statt. Es wird voraussichtlich Herr Privatdozent Prof. Lang einen Vortrag über: „Tropische Böden" halten.

Dreigliederung des sozialen Organismus.

Am Sonnabend hielt im kleinen Saal der Saalschloß-Brauerei Gerhard Jakobi (Mitglied der Haag-Tzekow-Spiele) einen Vortrag über „die Dreigliederung des sozialen Organismus". Der junge Redner führte in einem interessanten Vortrage etwa Folgendes aus, zeigte auch eine ganze Reihe seiner Wege:

Der Krieg ist verloren und daher wird allenthalben versucht das soziale Zusammenarbeiten der Menschen auf eine andere Grundlage zu stellen. Das alte und neue Regime haben sich unfähig erwiesen, Führer unseres Wirtschaftslebens zu sein, daher müssen neue Wege gefunden werden. Die Parteien müssen zurücktreten und zwei Grundforderungen werden in den Vordergrund rücken. Wir brauchen die Selbstbestimmung als Fundament und als Hintergrund die Menschheitsentwicklung. Auf diesen beiden Polen muß der neue Aufbau erfolgen. Die jetzige Bewegung ist nur mit der Völkerwanderung zu vergleichen. Die breiten Massen des arbeitenden Volkes sind durch die völlige Einspannung in das Wirtschaftslebens des seelenverödenden Kapitalismus in seelische und seelische Not geraten. Sie erwarten daher eine Besserung ihrer Lage von einer rein wirtschaftlichen Umwälzung. Sie erheben die Forderung nach Sozialisierung des Wirtschaftslebens. Eine einseitige Sozialisierung des Wirtschaftslebens würde jedoch nur eine Scheinsozialisierung sein. In ihr würde die bisherige Zwangsherrschaft des Kapitalismus ersetzt werden durch eine alles nivellierende und jede freie menschliche Entfaltung hemmende Bürokratie, die zu einer völligen Mechanisierung aller menschlichen Tätigkeit und damit zu einer Entmenschung des Menschen führen müßte. Nur durch die Dreigliederung des sozialen Organismus kann geholfen werden.

Die Einschränkung des Staatslebens auf alle diejenigen Lebensverhältnisse, für die alle Menschen vor einander gleich sind, wird gefordert. Auf diesen Boden ist auf streng demokratische Art mit Umwandlung der gegenwärtigen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191223018/fragment/page=0002

privatkapitalistischen Besitz- und Zwangsarbeitsverhältnisse vor allem ein solches allgemeines Menschenrecht zu erreichen, das den Arbeiter als völlig freie Persönlichkeit dem Arbeitleiter, der nur noch geistiger Arbeiter ist, gegenüberstellt. Als zweites wird danach ein selbständiges Wirtschaftsleben gefordert. Der Redner versteht darunter die Regelung zwischen Produktion, Zirkulation und Konsumtion. Fortan soll nicht mehr hergestellt werden als in Wirklichkeit verbraucht wird. Es darf also nicht mehr hergestellt werden, um zu profitieren, sondern um zu konsumieren. Als dritte Forderung ist die Verselbständigung des Geisteslebens gestellt. Redner sieht die Ursachen des geistigen Unvermögens unserer Zeit in der Auffassung der Geisteskultur durch den Staat. Er verlangt die vollständige Selbstverwaltung dieser Kultur aus den rein sachlichen und allgemein-menschlichen Gesichtspunkten heraus. Es wird erst richtig erzogen werden, wenn in die Frage: wie erzieht man alle Menschen zu wahren lebenstüchtigen Menschen, niemand hineinzureden hat als diejenigen, die nur aus den Untergründen der Menschennatur selbst darüber urteilen können. Die Einheitsschule ist zu verwerfen, da sie zu wenig die Begabung des Einzelnen berücksichtigt. All diese Forderungen sind in Teilen von Württemberg bereits zur Durchführung gekommen.

Die Sektion der kriegsbeschädigten Eisenbahnbediensteten der hiesigen Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen hielt Sonntag vormittag nach längerer Unterbrechung eine Versammlung in „Wilsdorfs Gesellschaftshaus“ ab. Der Obmann der kriegsbeschädigten Eisenbahnbediensteten „Kamerad Hallupp“, berichtete über die mit der hiesigen Eisenbahndirektion gepflogenen Verhandlungen, wegen der Anregung einer Sondervertretung der bei der Eisenbahn im hiesigen Bezirk beschäftigten Eisenbahnbediensteten. Die Direktion hatte sich zu Verhandlungen mit dem Obmann der Kriegsbeschädigten bereit erklärt. Vom Vorstand der Ortsgruppe war Dr. Elkan erschienen und konnte mitteilen, daß auch die beim hiesigen Magistrat beschäftigten Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen bei der hiesigen Ortsgruppe des Reichsbundes einen Antrag auf Einrichtung eines Sonderausschusses der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen beim hiesigen Magistrat gestellt hätten. Da die kriegsbeschädigten Eisenbahner in Halle zuerst mit dem Antrag einer solchen Einrichtung bei der Eisenbahn herangekommen wären, sei es auch an der Zeit, daß die Sache mit der Eisenbahn zuerst festgelegt würde. Es wurde einstimmig beschlossen, wegen einer einheitlichen Regelung an den Eisenbahnminister und nochmals an die hiesige Eisenbahndirektion zu schreiben. — Für die Eilgutabfertigung wurde noch der Kamerad Ackermann als Vertrauensmann gewählt. Die nächste Versammlung der kriegsbeschädigten Eisenbahnbediensteten wurde auf den 20. Januar, abends ½6 Uhr, in „Wilsdorfs Gesellschaftshaus“ festgesetzt.

Provinzial-Nachrichten.

Leipzig, 22. Dezember. („Der Löwe ist los.“) Während einer Jugendversammlung im Saale des Zoologischen Gartens gegen das Kinowesen entstand am Freitag Abend ein Tumult, weil plötzlich Cowboys (Filmschauspieler), die bei einer gleichzeitig stattfindenden Kinoaufnahme mitwirkend mit dem Rufe: „Der Löwe ist los“ hereinstürzten. Während der Aufnahme war ein Löwe über das Schutzgitter gesprungen, doch wurden sogleich die Türen des betreffenden Raumes geschlossen, sodaß die Gefahr beseitigt war.

? **Kahla**, 22. Dezember. (Arbeitslosigkeit infolge Dieb stahls.) Aus dem Sägewerk von Zimmermeister Lätz in Löbschütz wurden nachts fünf Kernlederriebriemen im Werte von 10 000 Mark gestohlen. Inzwischen sind über 40 Leute arbeitslos geworden.

!! **Magdeburg**, 22. Dezember. (Menschenraub im besetzten Gebiet!) Der Menschenmangel der Franzosen führt zu immer neuen gesetz- und völkerrechtswidrigen Taten. Jetzt sind auch im besetzten deutschen Gebiet und auch in den benachbarten deutschen Ortschaften französische Agenten tätig, die für hohe Geldsummen auf Menschenraub ausgehen, um der französischen Regierung Material für ihre berüchtigte Fremdenlegion zu liefern. Auch ein Magdeburger Kind ist vor einigen Wochen diesen gewissenlosen Sklavenfängern zum Opfer gefallen. Ein 15 Jahre alter (!) Lehrling entlief, wie der „Hann. Anz.“ berichtet, wegen einer geringfügigen Angelegenheit aus der Lehre, schlug sich mit einem anderen jungen Burschen nach dem besetzten Gebiet durch und geriet dort, ehe seine von der Polizeibehörde benachrichtigten Eltern ihn zurückholen konnten, in die Hände französischer Werber. Nun geschah mit dem langausgeschossenen jungen Menschen, was immer geschieht: in betrunkenem Zustande unterschrieb der Fünfzehnjährige, dem jeder sein kindliches Alter ansieht, den Verpflichtungsschein auf 5 Jahre — und am 18. Dezember erhielten die entsetzten Eltern aus Afrika von ihrem Sohne die Nachricht, daß er bei der Fremdenlegion sei. Nach dem Briefe ist der Dienst nicht schwer

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten.

Berufungen. Der durch den Weggang des Professors K. Knopp erledigte Lehrstuhl für Mathematik an der Berliner Universität ist dem ord. Professor an der Technischen Hochschule zu Dresden Dr. Richard Edler von Mises angeboten worden. v. Mises wurde geb. 1883 in Lemberg. — Professor Dr. Wilhelm Binder in Breslau, dem erst vor einigen Tagen der Lehrstuhl für Kunstgeschichte in Göttingen an Stelle von Geh. Rat H. A. Schmid angeboten wurde, hat jetzt zugleich einen Ruf an die Universität Leipzig als Nachfolger von Schmarsow erhalten. — Dem ord. Professor Dr. jur. Fritz Freiherrn Marschall von Bieberstein an der Universität Tübingen ist die ordentliche Professur für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Freiburg angeboten worden. Freiherr Marschall v. Bieberstein ist 1883 zu Karlsruhe i. B. geboren. Mehrere Jahre war er im badischen Justiz- und Verwaltungsdienst tätig, erwarb in Heidelberg den Doktorgrad und habilitierte sich 1912 in Berlin. Im Herbst 1913 übernahm er ein neuerrichtetes etatsm. Extraordinariat für öffentliches Recht in Halle, von wo er Ostern 1915 nach Tübingen als Ordinarius an Stelle von Rud. Smend übersiedelte. — Der Privatdozent für Völkerrecht Dr. Herbert Kraus in Leipzig ist als außerordentlicher Professor nach Königsberg berufen und übernimmt dort die Nachfolge des nach Halle berufenen Professors Moelzendorff. — Ferner wurde dem ordentlichen Professor an der Universität Königsberg Dr. jur. Alexander Burggraf und Graf zu Dohna-Schlodien der Lehrstuhl für Strafrecht und Strafprozeß an der Heidelberger Universität (an Stelle von Prof. K. v. Lilienthal) angeboten. Graf zu Dohna ist 1876 zu Potsdam geboren. Seine Lehrer waren v. Liszt und Stammler. Seit 1898 war er im Justizdienst als Referendar in Wernigerode, später in Halle tätig, promovierte in Berlin und erwirkte 1404 in Halle seine Zulassung als Privatdozent. Zwei Jahre später wurde er zum Extraordinarius und 1913 zum Ordinarius in Königsberg als Nachfolger von Prof. Kohlrausch ernannt. 1906—1909 begleitete er den Prinzen August Wilhelm von Preußen nach Bonn, dann nach Straßburg und Potsdam. — Schließlich ist der ord. Professor für Eisenhüttenkunde an der Technischen Hochschule zu Breslau Dr.-Ing. Paul Oberhoffer in gleicher Eigenschaft an die Technische Hochschule zu Aachen als Nachfolger von Geh. Rat Wüst versetzt worden.

Der Privatdozent Dr. Ernst Robert Curtius in Bonn, der einen Ruf nach Dresden abgelehnt hat, ist zum e. a. Professor für französische Literaturgeschichte in der Bonner philosophischen Fakultät ernannt worden. Dr. Curtius, geb. 1886 zu Thann im Elsaß, ist Schüler des Romanisten Gustav Gröber. — Wie verlautet, ist der emer. ord. Professor für Staats- und Kirchenrecht an der Universität Königsberg, Geheimer und Oberbergrat Dr. jur. Adolf Arndt, der seit 1917 mit dem Abhalten von Vorlesungen an der Universität Marburg beauftragt ist, zum ordentlichen Honorarprofessor in der Marburger juristischen Fakultät ernannt worden. Geheimrat Arndt, der aus Freienwalde in Pommern stammt, war nach Absolvierung seiner Studien im Justizdienst tätig, trat 1877 als Justitiar in die Bergverwaltung über und fungierte später als stellvertr. Chef des Oberbergamts Halle. Hier habilitierte er sich für Bergrecht, wurde später a. o. Professor und siedelte 1900 nach Königsberg als Ordinarius, als Nachfolger Ph. Zorns, über. Hier bekleidete er 1904/05 das Rektoramt und lehrte bis zu seiner 1912 erfolgten Emeritierung. Seine Schriften behandeln meist Bergrecht und Staatsrecht.

In Göttingen starb der berühmte Physiker Geheime Regierungsrat Prof. Dr. Woldemar Voigt im 69. Lebensjahre. Er war aus Leipzig gebürtig, wurde 1875 Privatdozent ebenda, ging noch im gleichen Jahre als a. o. Professor nach Königsberg und siedelte 1883 als Ordinarius nach Göttingen über. Das Hauptgebiet seiner wissenschaftlichen Arbeiten ist das der Kristallphysik, insbesondere der Elastizität, der Pyro- und Piezoelektrizität, sowie der Optik der Kristalle. Der Gelehrte war u. a. Mitglied der Akademien in Berlin, München, Göttingen, Rom, Bologna, Paris, Amsterdam und Kopenhagen, Dr. h. c. von Genf, Padua, Cambridge, Glasgow und Manchester. — Im Alter von 58 Jahren verschied der Vertreter der Mathematik an der Heidelberger Universität, Geh. Hofrat Prof. Dr. Paul Stäckel. Seine zahlreichen Arbeiten liegen auf den Gebieten der Funktionentheorie, Differentialgeometrie, analytischen Mechanik und der Geschichte der Mathematik. Prof. Stäckel, ein geborener Berliner, Schüler von Weierstraß und Kronecker, Helmholtz und Kirchhoff, begann seine akademische Laufbahn im Jahre 1891 als Privatdozent in Halle, lehrte später in Königsberg, Kiel, Hannover und Karlsruhe, von wo er 1913 nach Heidelberg berufen wurde.

Vermischtes.

Räuberischer Ueberfall eines Autos.

Ratibor, 22. Dez. (Priv.-Tel.) Dem „Oberschlesischen Anzeiger“ zufolge wurde am Sonnabend auf die Prinz Hans von Ratibor bei einer Ausfahrt in der Nähe von Benkowitz von unbekannten Tätern geschossen. Ein Geschoß durchschlug den rechten Unterarm. Die Verletzte wurde im städtischen Krankenhaus verbunden und dann nach Schloß Rauden gebracht.

Ein schweizer Pfadfinderfilm, der im letzten Sommer in dortigen Gebirgsgegenden aufgenommen wurde, tritt soeben seine Fahrt in die Welt an. Sein Autor ist, wie der „Berner Bund“ erzählt, der bis auf dem Wege nach den Vereinigten Staaten, um dieses hochinteressante Stück schweizerischer Kultur den amerikanischen Boy Scouts vorzuführen. Der 1000 (eintausend) Meter lange Film stellt die Knaben, getreu ihrem Wahlspruch „Allzeit bereit“, in allen möglichen Hilfeleistungen in den Gebirgsdörfern dar. An Städte- und architektonischen Bildern weist das rollende Band diejenigen von Bern, Thun, Oberhofen, Spiez, Brig und Simplon-Hospiz auf. Hervorragend sind die Landschaftsausschnitte aus den Tälern der Kien (Griesalp), Kander, Lonza usw. Interessant ist die Revue auf dem Thunplatz in Bern mit dem Bundespräsidenten. Ein reizendes Kulturbild bietet der Besuch der Pfadfinder bei den Knabenschützen von Thun. Gewissermaßen Zufallsprodukt ist das Erscheinen des holländischen Prinzgemahls. Den spannendsten Teil der Filmhandlung bildet die Bergung eines abgestürzten Hirten über dem Oeschinensee, die sehr naturwahr und dramatisch bewegt ist. Szenisch am interessantesten fiel die Besteigung der „wilden Frau“ mit dem Panorama der ganzen Kette der Berner Alpen aus.

„Helden und Heldenverehrung“. Ein Pariser Sportblatt schildert die Aufregung, die Paris beim Eintreffen der Nachricht des Sieges des französischen Vormeisters Carpentiers ergriffen hatte, mit folgenden, der Bedeutung des welthistorischen Ereignisses durchaus angemessenen Worten: „Es war genau 10 Uhr 2 Minuten, als wir die Nachricht zum Anschlag brachten. Ein tosender Beifallsturm begrüßte die Siegesnachricht, ein Sturm, der zum Orkan anschwoll, über die Boulevards dahinbrauste und sich über ganz Paris verbreitete. Hier tanzten siegberauschte Menschen in wilder Freude, dort feierten andere unseren Helden mit jubelndem Zuruf; von allen Seiten stiegen Hurras in die Luft, die von der unbändigen Freude, die alle beherrschte, Kunde gaben und die Angst bezeugten, die tage- und wochenlang unserer aller Herzen bedrückt hatte.“ Mit welchen Gefühlen mögen die schon recht vergessenen Poilus dieser „Heldenverehrung“ zugeschaut haben?

Billige Miete. Wohnungsnot und Mietsteigerungen, unter denen heute alle Welt leidet, sind für die Saint-Olove-Schule, die in der Nähe der Towerbrücke in London ihr Heim hat, längst überwundene Dinge. Bei der Gründung dieser Schule vor 200 Jahren ist nämlich vertraglich ausgemacht worden, daß das Institut den Mietsbetrag halbjährlich in Gestalt von je einem Korb mit Rosen zu erlegen habe, der dann dem König von England zugestellt werden müsse. Der eigentliche Mietswert der einst auf 750 Mark berechnet wurde, erreicht heute infolge von Neubauten und Erweiterungen die Höhe von 125 000 Mark. An dem alten Brauch wird aber trotzdem unverbrüchlich festgehalten und der König empfängt noch immer alljährlich seine zwei Körbe mit Rosen. l.

Seltsame Fliegerehrung. Alljährlich findet in den Vereinigten Staaten ein sogenannter Familientag aller Leute namens Smith statt, zu dem sich jeder der zahlreichen Träger dieses weitverbreiteten Namens als eingeladen betrachten darf. Als Versammlungsort wird stets eine besonders durch landschaftliche Schönheit ausgezeichnete Gegend ausgesucht, die geeignet erscheint, eine möglichst große Anziehungskraft auszuüben. Für die Tagung des kommenden Jahres beabsichtigt nun diese Smithgesellschaft, von der Versammlung den Kapitän Roß Smith, der soeben aus dem Wettbewerb des Fluges nach Australien als Sieger hervorgegangen ist, zum Ehrenmitglied dieser größten und keinesfalls unberühmten Familie Amerikas ernennen zu lassen. l.

Des schlechte Gedächtnis des Generals. Nicht nur Professoren, auch Generäle scheinen mitunter recht zerstreut zu sein, wenn man dem glauben darf, was von dem russischen General Benckendorff erzählt wird. Benckendorff war unerhört zerstreut. Als er sich einmal in einer kleinen Stadt aufhielt, in deren Umgebung größere Manöver statt finden sollten, ging er eines Tages auf die Post, um zu fragen, ob Briefe für ihn da seien. — „Wie heißen Herr General?“ fragte der Beamte. — „Wie ich heiße?“ wiederholte der General erstaunt, während er vergeblich versuchte, sich daran zu erinnern. Da er indessen durchaus nicht auf seinen Namen kommen konnte, verließ er die Post mit der Erklärung, daß er später wiederkommen werde. Auf dem Heimweg traf er einen anderen hohen Offizier. — „Guten Tag, Benckendorff!“ grüßte dieser. — „Was war das für ein Name, den Sie sagten? Ja, nun weiß ich's, es war Benckendorff!“ Der General ließ sich in kein weiteres Gespräch ein, sondern eilte zum Postamt zurück. — In einem anderen Fall war Benckendorff zu einem Ball geladen und als schließlich alle Gäste sich versammelt hatten, waren nur noch Benckendorff und sein Wirt übrig. Das Gespräch zeugte bald davon, daß beide müde und schläfrig waren. Schließlich schlug der Wirt vor, sie wollten ins Rauchzimmer gehen, worauf Benckendorff ziemlich widerwillig einging. Offenbar aber dachte er noch nicht daran, das Haus zu verlassen, und sein Wirt scheute sich, es mit einer so hochstehenden Persönlichkeit zu verderben, indem er ihm einen Wink gab, daß er doch nach Hause fahren möge. Als wieder eine halbe Stunde vergangen war, erlaubte sich der Wirt doch, zu bemerken: „Wenn Ihr Wagen ausgeblieben ist, so darf ich vielleicht meinen für Sie anspannen lassen?“ — „Ihren Wagen? Ich verstehe nicht recht ....“ Nun setzte sich, das Benckendorff die ganze Zeit gezaubt hatte, er sei bei sich zu Hause, und daß er ernstlich über seinen Wirt ärgerlich war, da dieser nach seiner Annahme ein aufdringlicher Gast war, der überhaupt nicht nach Hause gehen wollte. ml.

Die Erziehung zum Gentleman. Rudyard Kipling, der bekannte Verfasser des „Dschungelbuchs“ folgte kürzlich einer unabweisbaren Einladung zu einer Gesellschaft, deren Unterhaltungskosten mehr durch leere Worte als durch geistigen Aufwand bestritten wurden. Plötzlich trat einer der Herren der Gesellschaft an Kipling heran und setzte ihn mit der Frage zu: „Ihr Vater war doch Schmied, nicht wahr Herr Kipling? Warum hat er denn da nicht auch aus Ihnen einen Schmied gemacht?“ Der so plump Interpellierte sah dem taktvollen Herrn einige Augenblicke lang starr ins Gesicht, als wenn er überlegte, ob er ihn überhaupt einer Antwort würdigen sollte, dann aber stellte er schnell die Gegenfrage: „Ihr Herr Vater war doch wohl ein Gentleman, nicht wahr?“ „Selbstverständlich,“ antwortete der andere. „Ja weshalb hat er dann nicht auch aus Ihnen einen Gentleman gemacht?“ ml.

Im zerstörten St. Pierre. Aus St. Pierre, der Stadt auf der Insel Martinique, die im Jahre 1902 ein Opfer des furchtbaren Ausbruchs des Mont Pelée war, gibt der englische Forschungsreisende A. F. Jenger in seinem neu erschienenen Buche über die karibischen Inseln eine eing hende Schilderung. „Der Ort ist nur noch eine Stadt der bösen Geister und der Toten“, heißt es u. a. in der Schilderung. Der Reisende fand nur zehn Personen, die dort wohnten. „Auf den ersten Blick schien das Ruinenfeld nicht groß zu sein, aber als ich die Küste entlang ging, sah ich, daß sich auf zwei Kilometer nach Norden und noch weiter zusammengestürzte Mauern erstrecken, die mit einer dichten Decke von Grün bekleidet sind. Im bleichen Mondlicht glichen diese Ruinen den Trümmern irgend einer uralten Stadt, ähnlich denen Pompejis. Keiner der früheren Bewohner der Stadt ist übrig geblieben, und nur die Bevölkerung der Umgegend kann noch von den Schreckenstagen berichten. Ein Mann, den ich in Fort de France traf, erzählte mir, daß er gerade am Telephon gestanden und mit einem Freund in St. Pierre gesprochen habe, als das Gespräch plötzlich von einem lauten Schrei unterbrochen wurde. Zugleich kam das schreckliche Donnern des Vulkanausbruchs über die Berge herüber und bestätigte, daß ein schreckliches Unglück die Schwesterstadt betroffen hatte.“ (h.)

Literarisches.

Kürschners Jahrbuch 1920, das soeben erschienen ist, trägt, getreu seinem in 22 Jahrgängen bewährten Grundsatze, der Zeit zu dienen, der politischen Wende voll und ganz Rechnung. Neben das vorbildliche Kalendarium, die astronomischen und politischen Tafeln und die Statistik aller Erdteile und Staaten treten diesmal als besonders hervorzuheben aus der Fülle der Beiträge große Aufsätze für Verfassung, Organisation, Behörden, Militärmacht, Eisenbahnwesen des Deutschen Reiches, außerdem ausführliche Daten der Toten des Jahres 1919. Postarif, nützliche Adressen und Tabellen ergänzen das Jahrbuch. (Hermann Hilger, Verlag, Berlin.)

Dr. H. Schippel, Regierungsrat im Reichsfinanzministerium, Prämienanleihen (Verlag W. Moeser Buchhandlung, Berlin S. 14, Stallschreiberstr. 34/35) betitelt sich die hochaktuelle Broschüre des bekannten Fachmannes. In knappen Leitsätzen behandelt der Verfasser diesen umfangreichen Stoff, in gedrängter Kürze unterrichtet er den Leser über alles Wissenswerte auf diesem Gebiete.

„Herzblut.“ Gedichte von Franz Josef Liplowski. Bruno Volger Verlagsbuchhandlung, Leipzig.

„Herzblut“ betitelt der jugendliche Dichter Franz Josef Liplowski eine Sammlung schönster Blütenverse. Seine zu Herzen gehenden, mit seinem Herzblute niedergeschriebenen Gedichte und Lieder erweisen sich als Erscheinungen, die auf den jugendlichen Verfasser aufmerksam zu machen und seinem nimmermüden Streben Ehre und Ansehen zu verschaffen verdienen.

Zu beziehen durch die
Goethe-Buchhandlung Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 62, Fernruf 4025.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung“.

Spielplätze in Leipzig.

Die Stadtverordnetenversammlung hat die ihr vom Rate der Stadt Leipzig vorgelegten Anträge, nach welchem im Norden und Osten des Stadtgebietes Spielplätze geschaffen werden sollen, in ihrer letzten Sitzung einstimmig angenommen. Es ist dies eine wirklich erfreuliche Meldung aus Pleißenathen. Hoffentlich folgen unsere Stadtväter diesem gut en Beispiele der Leipziger.

Fußballsport.

Die Weihnachtsspiele des H. F.-C. Wacker.

Auf dem Wackersportplatz herrschte in der vergangenen Woche reges Treiben, um diesen für den Empfang einer großen Zuschauermenge geeignet zu machen. Die linke Längsseite des Platzes ist zur Terrasse hergerichtet, die in drei übereinander Absitzungen von jedem Punkt aus einen guten Ueberblick auf das Spielfeld ermöglicht. Der Zuschauerraum ist zum großen Teil mit Schlacke ausgefüllt, was auch bei schlechtem Wetter für das Publikum nicht von Nach eil sein dürfte. Um den Strom der Zuschauer nicht unnötig lange aufzuhalten, ist ein zweites breites Eingangstor geschaffen worden, das direkt von der Chaussee nach dem Platz hineinführt. Auch für genügende Kassengelegenheit hat der Verein Sorge getragen, sodaß also den Wünschen der Zuschauer in bester Weise Rechnung getragen ist.

Der D. F. C. Preg hat inzwischen seine Mannschaftsaufstellung gemeldet, auf die wir noch eingehend zu sprechen kommen. Schon heute sei verraten, daß sie ihr nicht weniger als 5 Internationale gehören, die Oesterreichs Farben wiederholt gegen Ungarn, die Schweiz und bei den olympischen Spielen in Stockholm 1912 vertraten. 4 Mann spielen bereits als Auswahlspieler für Böhmen.

Der D. F. C. Preg erscheint auf alle Fälle und das Gastspiel findet bei jedem Wetter statt. Leider ist das Erscheinen von Teplitz infolge widerlicher Umstände in letzter Minute in Frage gestellt. Natürlich wird Wacker alles versuchen, diese zu beseitigen. Es steht also zu hoffen, daß auch Teplitz seinen Verpflichtungen nachkommt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191223018/fragment/page=0003

Briefe zustande kommen. — Die Eltern bemühten sich bei der Reichsregierung, die Freilassung ihres Kindes durchzusetzen.

Pferdesport.

Der Verband Deutscher Reiter- und Pferdezucht-Vereine beruft auf den 17. Januar seinen 36. Verbandstag nach Berlin-Lichterfelde ein. Auf diesem Verbandstag soll auch über die etwaige Auflösung des Verbandes und bei etwaiger Auflösung über die Verwendung des Verbandsvermögens Beschluß gefaßt werden. Eine Auflösung ist nur dann zulässig, wenn auf dem Verbandstage mindestens drei Viertel aller verbündeten Vereine ihr zustimmen, so daß die Anwesenheit der Vertreter möglichst aller Vereine nötig ist.

40 000 Mark für Dressur-Prüfungen werden aus dem ehemaligen Olympiade-Fonds vom Komitee für Kämpfe zu Pferde gegeben, um die Dressur von Reitpferden anzuregen. Die Summe wird verteilt auf sechs Dressur-Prüfungen zum Preise von je 5000 Mk. und auf eine große Dressur-Prüfung von 10 000 Mk. Diese wird für solche Pferde sein, die im Jahre 1919 an Preisen des Landwirtschaftsministeriums oder entsprechenden Konkurrenzen teilgenommen haben (Prüfungen im Trab und Galopp innerhalb von Höchstzeiten). Man will durch die guten Preise anreizen, daß die jungen Pferde zu wirklich gut geritteenen Gebrauchspferden gemacht werden. Die 10 000 Mark-Dressur-Prüfung wird im Herbst 1920 anläßlich eines Berliner Turniers entschieden. Die sechs anderen Prüfungen werden auf das ganze Reich verteilt.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Saatenstandsbericht Mitte Dezember.

Von der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Der nach dem 20. November eingetene Wechsel der Witterung hat dazu beigetragen, daß die schlimmsten Befürchtungen hinsichtlich der Vernichtung der Haftfruchtente in vielen Bezirken nicht eingetroffen sind, doch ist der Osten stellenweise schwer heimgesucht. Die mehrwöchige Dauer des Tauwetters hat die Aufnahme der Feldarbeiten und die Bergung der Reste der Kartoffelernte sowie der Futter- und Zuckerrübenernte zum großen Teile ermöglicht. Auch hat noch in weiten Gebieten die verspätete Aussaat von Wintergetreide, besonders von Weizen, stattgefunden. Immerhin ist auch heute noch ein erheblicher Teil der normalen Anbaufläche, besonders bei Weizen, unbestellt geblieben. Aus Württemberg meldet ein Berichterstatter, daß die hohen Hafer- und Bohnenpreise manchen Landwirt veranlassen, diese statt Brotkorn zu bauen. Wenn auch die Wintersaaten, besonders die früh bestellten, nach dem Schmelzen der Schneedecke vielfach noch ein leidliches Aussehen zeigen, so wird doch häufig, besonders aus dem Osten mitgeteilt, daß ihr Stand zu wünschen übrig lasse und nicht so günstig sei, als zu derselben Zeit des Vorjahres. Die späteren Saaten sind oft überhaupt noch nicht aufgelaufen und die aufgelaufenen sind zum großen Teil schwach bestockt. Doch fehlt es auch nicht an Meldungen, daß die Saat unter der Schneedecke ausgegangen sei.

Das Ziffernmäßige Ergebnis unserer Rundfrage ist folgendes: Auf unsere Frage, ob nach Schmelzung der Schneedecke noch Wintergetreide gesät wurde, antworteten 44 Prozent der Berichterstatter, daß noch Weizen und 32 Prozent, daß noch Roggen gesät worden ist.

25 Prozent der Berichterstatter melden, daß bis 15 Prozent der Weizenfläche nicht bebaut wurde und 28 Prozent bezeichnen sogar 50 Prozent als nicht angebaut, während 47 Prozent die Anbaufläche von Weizen als normal angeben. 26 Prozent der Berichterstatter teilen mit, daß bis 15 Prozent der Roggenfläche noch nicht bebaut ist, 21 Prozent schätzen die nicht bestellte Roggenfläche auf die Hälfte und 53 Prozent als normal.

78 Prozent der Berichterstatter, gegen 40 Prozent im Vormonat, melden die Kartoffelernte als geborgen, 22 Prozent als noch nicht geborgen.

65 Prozent der Berichterstatter bezeichnen die Kartoffelernte diesmal kleiner als die des Vorjahres, 16 Prozent größer und 19 Prozent als gleich groß.

Die Futterrübenernte wird von 23 Prozent der Berichterstatter, die Zuckerrübenernte dagegen von 54 Prozent als geborgen gemeldet.

Die Preisberichtsstelle des D. L. R. schließt hiermit ihre diesjährige Berichterstattung und wird sie voraussichtlich Mitte März 1920 wieder aufnehmen.

Die neue Umsatzsteuer und die Lieferungen bis zum 31. Dezember.

An den Deutschen Industrie- und Handelstag ist seit Annahme des Umsatzsteuergesetzes vielfach die Frage gerichtet worden, ob Lieferungen und Leistungen, die vor dem 31. Dezember 1919 vorgenommen wurden, bei denen die Bezahlung aber **erst nach dem 31. Dezember 1919 erfolgt**, der Umsatzsteuer nach dem neuen oder alten Gesetze unterliegen. Der Deutsche Industrie- und Handelstag weist deshalb darauf hin, daß nach einer allerdings im Regierungsentwurf noch nicht enthaltenen, sondern durch die Nationalversammlung in das Gesetz hineingebrachten Bestimmung (§ 51 Absatz 3 des Gesetzes) dann, wenn nach dem neuen Gesetz eine Steuer für eine Lieferung oder sonstige Leistung zu entrichten ist, die nach dem Umsatzsteuergesetz vom 26. Juli 1918 steuerfrei war oder einem niedrigeren Satze unterlag, für die Steuerpflicht und die Höhe des Steuersatzes nur dann das neue Gesetz maßgebend ist, wenn **sowohl die Vereinnahmung als auch die Lieferung** oder sonstige Leistung nach dem 31. Dezember 1919 liegen. Die Vorschrift gilt bis zum 31. Dezbr. 1920.

Wenn also, wie es jetzt vielfach geschehen ist, Warenlieferanten ihre Kunden zur Bezahlung der Rechnung bis zum 31. Dezember 1919 mit dem Hinweis auffordern, daß späterhin erhöhte Umsatzsteuer bezahlt werden müsse, und für die diese Steuer der Käufer dann oder teilweise eintreten müsse, so **beruht dieser Hinweis auf einem Irrtum**. Ist die Steuer noch dem neuen Gesetz höher, so tritt der ermähnte § 51 Absatz 3 in Kraft, und die Besteuerung erfolgt nach dem alten Recht. Ist dagegen die Steuer nach dem neuen Gesetz, was in einigen wenigen Fällen vorkommt, niedriger, so findet der § 51 keine Anwendung, und die Besteuerung erfolgt nach dem für den Abgabepflichtigen günstigeren Recht.

Siemens-Schuckert-Werke.

WTB. Berlin, 22. Dez. Vom Aufsichtsrat der Siemens-Schuckert-Werke, G. m. b. H., wurden Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Juli 1919 abgelaufene Geschäftsjahr genehmigt. Der Geschäftsgewinn stellte sich einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahre auf 28 488 233 Mark gegen 26 940 716 Mark im Vorjahre. Nach Abzug der Handlungsunkosten bei der Zentralverwaltung, der Anleihezinsen, Abschreibungen und Zinsen auf das unkündbare Darlehen der Gesellschaft bleibt ein Reingewinn von 15 293 375 Mark gegen 15 837 799 Mark im Vorjahre, woraus 9 Mill. Mark (wie i. V.) als 10proz. Gewinnanteil ausgeschüttet werden, 2 500 000 Mark (wie i. V.) der Rücklage und 500 000 Mark dem Dispositionsfonds zugeführt werden. Für Gratifikationen an Angestellte und Arbeiter werden 3 Mill. Mk. (wie i. V.) ausgeschüttet. Es verbleibt demnach ein Vortrag auf neue Rechnung in Höhe von 293 375 Mark.

Vom Zuckermarkt.

Nb. Der Verkehr an den deutschen Rohzuckermärkten brachte während der Berichtwoche außer einigen Geschäften in bereits früher freigegebenen Erzeugnissen **hauptsächlich** Umsätze in Nachzuerzeugnissen und in Melasse. Hierin kam es zeitweise zu recht bemerkenswerten Abschlüssen, die sich sofort nach den von der Reichszuckerstelle erfolgten Verfügungen glatt abwickelten. Eine neue Freigabe in Rohzucker ist demnächst zu erwarten. Es steht noch nicht fest, ob sie sich nur auf die Rate für Januar oder gleichzeitig für weitere Monate beziehen wird. Die im Ausschuß der Nationalversammlung soeben erfolgte Annahme der von der Regierung ins Auge gefaßten Erhöhung der Zuckerpreise wird bei der neuen Freigabe bereits Geltung haben. Eine Reihe von Rohzuckerfabriken hat die Rübenverarbeitung inzwischen beendet, und noch vor Weihnachten wird der weitaus größte Teil der Fabriken mit der Aufarbeitung der Zuckerrüben fertig sein. Daß die zur Verarbeitung gekommenen Rübenmengen überall wesentlich niedriger waren als im Vorjahre, kann bei dem geringfügigen Anbau, der wenig günstigen Witterung bei der Aussaat der Rübenernte und im Verlaufe ihrer Entwicklung sowie den im vorigen Monat hereinge-brochenen Wetterumbildern nicht Wunder nehmen. Dies hat dann auch die Reichsregierung veranlaßt, ihre Preispolitik, die den Zucker stets niedrig zu halten bestrebt war, nunmehr zu ändern und eine zahlenmäßig starke Herausschung noch für den aus der diesjährigen Rübenernte stammenden Zucker vorzunehmen. Leider kam die Maßnahme zu spät, und für diesmal konnte nichts weiter als die möglichst restlose Aufarbeitung der geringen Rübenmengen auf Zucker erreicht werden. So wird man denn zufrieden sein müssen, wenn das laufende Betriebsjahr eine Zuckererzeugung von nicht viel mehr als der Hälfte des im vorangegangenen Betriebsjahr hergestellten Zuckers bringt. Die nachstehenden Zahlen geben einen Vergleich der Zuckererzeugung des Deutschen Reiches seit Ausbruch des Krieges:

1914/15	. . .	52,13 Millionen Zentner
1915/16	. . .	30,24 „ „
1916/17	. . .	30,80 „ „
1917/18	. . .	31,41 „ „
1918/19	. . .	27,50 „ „
1919/20	. . .	15,00 „ „

Die Zahl für 1919/20 ist Schätzung, und mit ihr ist die vielleicht zu erreichende Höchstgrenze eingestellt. In Zuckerindustriekreisen rechnet man vielfach sogar nur mit einer Erzeugung, die 14 Millionen Zentner nicht erreichen dürfte. Es wird alles davon abhängen, ob es noch gelingt, auch die letzte Rübe der Verarbeitung auf Zucker zuzuführen. Wie dem auch sei, erfreulich niedrig wird das Ergebnis auf alle Fälle werden. Am Raffinademarkte hat der Verkehr während der Berichtwoche einige Belebung erfahren. Teilweise kamen noch einige Abrufe für die Dezemberrate seitens der Kommunalverwaltungen zustande, und dann wurden auch bereits Bezugsscheine für die beiden ersten Monate des kommenden Jahres zur Einlösung vorgelegt. Die Geschäftstätigkeit dürfte noch einige Zeit hindurch anhalten. Den Zucker verarbeitenden Gewerben konnten noch immer keine besonderen Zuwendungen gemacht werden.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 22. Dezember. Die Börse zeigte wegen der bevorstehenden mehrtägigen Feiertagsunterbrechungen nur geringe Unternehmungslust. Die Haltung ließ aber anfangs vorwiegend Festigkeit erkennen. Valutapapiere setzten ihre Erholung fort, in besonders kräftiger Weise Schantung und Kanadas, die 44 bezw. 70 Prozent gewannen. Kolonialwerte waren verhältnismäßig wenig und nicht einheitlich verändert. Am Montanmarkt war die Kursbewegung unregelmäßig, und Besserungen um 2 bis 3 Prozent überwogen. Nach Erledigung der bei Beginn vorliegenden Kaufaufträge trat zunächst eine wenig erhebliche Abschwächung ein, die namentlich in Montanpapieren ziemlich allgemein zu mäßigen Rückgängen führte. Phönixaktien verloren 5 Prozent. Im übrigen blieb der schwankende Charakter bestehen. Einzelne Kolonialwerte, wie namentlich Otavi und Deutsche Kolonialanteile, besserten sich bemerkenswert. Auch Deutsch-Ueberseeische Elektrische Aktien stellten sich unter Schwankungen um 7 Prozent höher. Am Anlagemarkt war die Haltung im allgemeinen fest, namentlich für preußische Anleihen. Ungarische neigten zur Schwäche.

Devisenkurse.

Berlin, 22. Dezember.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Voriger Tag Geld	Voriger Tag Brief
New York	1 Doll.	—	—	—	—
Holland	100 fl.	1833,50	1836,50	1843,5	1856,50
Dänemark	100 Kr.	901,75	903,25	904,50	905,75
Schweden	100 Kr.	1034,25	1035,75	1039,25	1040,75
Norwegen	100 Kr.	996,75	998,25	999,25	1000,75
Schweiz	100 Fr.	874,25	875,75	875,25	876,75
Wien, altes		34,45	34,55	—	—
Oesterreich, abgest.		27,35	27,45	27,20	27,30
Prag		82,90	83,10	83,65	83,85
Ungarn		33,55	33,65	32,35	32,45

Konstantinopel Geld —,— Brief — —
für ein türkisches Pfund
Spanien Geld 919,25 Brief 920,75
für 100 Pesetas
Helsingfors 143,75 144,25 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Produktenbericht.

Berlin, 22. Dezember. Am Hafermarkt zeigte sich vereinzelt etwas mehr Angebot; auf den Preisstand wirkte aber dies nur wenig ein, da rege Kauflust zu Futterzwecken, sowie zur Herstellung von Nährmitteln anhielt. In Hülsenfrüchten vermehrte sich das Geschäft für Auslandsware; die Kauflust bewahrte aber eher Zurückhaltung. Von Erbsen waren nur gute Qualitäten schlank unterzubringen. Peluschken wurden durch vermehrtes Angebot im Preise gedrückt. Auch Lupinen und Serradella konnten ihren Preisstand aus gleichem Grunde nicht aufrechterhalten. Heu blieb fest. Stroh war mehr zugeführt. Für Rüben und Möhren hatte das milde Wetter mehr Kauflust geweckt.

Berlin, 22. Dezember. **Amtliche Notizen. Inländ.** Hafer für 1000 Kg. in Mark: loko ab Speicher frei Wagen —, loko ab Bahn —. Tendenz still.

Deutsche Bank — Elberfelder Bankverein. Die außerordentliche Generalversammlung des Elberfelder Bankvereins genehmigte den Vorschlag der Verwaltung bezüglich Ueberlassung des Gesamtvermögens und der Aktien auf die Deutsche Bank. Der Elberfelder Bankverein tritt in Liquidation. Der Vorsitzende erklärte, daß das Geschäft des Bankvereins heute wesentlich besser sei als je zuvor. Für das laufende Geschäftsjahr werde die Dividende wieder 6¼ Proz. betragen. Das Angebot der Deutschen Bank wird einstimmig beurteilt, da der Bank-Verein infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung der allgemeinen Lage seine Selbständigkeit schwerlich auf-recht erhalten könne.

Deutsche Ueberseeische Bank. In der Sitzung des Aufsichtsrats wurde der Abschluß für das Geschäftsjahr 1918 vorgelegt. Die Bilanz ergibt nach Abschreibungen auf Bankgebäude im Betrage von 29 243 (126 895) Mk. und nach Rückstellung für Talonsteuer von 190 000 (30 000) Mk. einen Reingewinn von 2 763 735 (2 821 646) Mk. Es wurde beschlossen, der Generalversammlung vorzuschlagen, den Reserven 132 464 (135 543) Mk. zu überweisen, eine Dividende von 6 Prozent (wie im Vorjahre) zu verteilen und 110 603 (114 435) Mk. auf neue Rechnung vorzutragen.

Heim & Co. A.-G. in Leipzig. Die außerordentliche Versammlung beschloß die Erhöhung des Grundkapitals um 2,4 Mill. auf 7 Mill. Mark. Die neuen Mittel sollen zur Verstärkung der Betriebsmittel und Vornahme notwendiger Erweiterungen dienen. Die jungen, für das laufende Geschäftsjahr voll dividendenberechtigten Aktien werden den Aktionären im Verhältnis von 2 : 1 zum Mindestkurs von 120 Proz. zum Bezuge angeboten. Das Unternehmen ist bisher gut beschäftigt gewesen, so daß die Aussichten nicht ungünstig beurteilt werden können.

Regierung und Eisenpreise. In Düsseldorf haben am Sonnabend Verhandlungen zwischen dem Deutschen Stahlbund und Vertretern des Reichswirtschaftsamtes wegen Festsetzung von Höchstpreisen unter Neuregelung der Eisenpreise stattgefunden. Ein Ergebnis wurde nicht erzielt. Die Verhandlungen sollen im Januar weitergeführt werden. Es besteht die Absicht, die Regelung der Eisenpreise durch Selbstverwaltungskörper vornehmen zu lassen, da die Werke ohne Ausnahme seien das von der Regierung geforderte System der Höchstpreise sind.

Patzenhofer Brauerei-Aktiengesellschaft in Berlin. Die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 30. September d. J. beendete Geschäftsjahr 1918/19 weist eine Bruttoeinnahme von 25 522 819 (i. V. 11 034 713) Mk. aus. An Generalunkosten erforderten Betriebsunkosten 8 357 667 (i. V. 3 678 559) Mark, Handlungsunkosten und Gehälter 2 135 992 (i. V. 833 465) Mark, Gespann- und Motorwagenunkosten 2 213 961 (i. V. 833 744) Mark, Steuern 4 326 614 (598 011) Mk., Miete und Unkosten für Ausschanklokale 4 351 763 (1 690 301) Mk. und Abschreibungen 1 690 191 (902 189) Mk. Der Reingewinn beträgt 1 373 133 (i. V. 2 070 921) Mk. und die Dividende wird mit 12 Prozent (i. V. 14) vorgeschlagen. Die Zukunftsaussichten bezeichnet der Rechenschaftsbericht des Vorstandes als undurchsichtiger denn je.

Vereinigte Tabakindustrie A.-G. Hamburg. In der außerordentlichen Hauptversammlung wurde beschlossen, das Grundkapital um 1 200 000 Mark auf 2 Mill. Mark zu erhöhen. Die neuen Aktien sollen zunächst nur 25 p. H. Anzahlung leisten. Sie werden den alten Aktionären im Verhältnis von 3 zu 2 zum Kurse von 103 p. H. angeboten. Ferner wurde beschlossen, das bisherige Vorzugsrecht der Vorzugsaktien aufzuheben. Ueber die Aussichten teilte die Verwaltung mit, daß das Geschäft im Laufe des Jahres einen ähnlichen Verlauf nähme wie im vorigen Jahre und daß ungefähr wieder 6 p. H. Dividende zu erwarten seien.

Berliner Börse

vom 22. Dezember 1919.

(Telegramm.)

Deutsche Werte:		Chem. Griesheim	221,00
4½ Disch. Schatzsch. VI—IX	75,25	Chem. Heyden	269,50
5½ Disch. Reichsanl.	77,50	Consolidation Schalke	398,00
5½ „ „	54,90	Cröllwitzer Papierfbk	—
5½ „ „	58,40	Daimler Motoren	281,25
3½ „ „	60,30	Deutsche Luxemburg	210,00
4½ Preuß. Konsols.	60,50	Deutsche Uebersee-Elektr.	670,00
3½ „ „	53,00	Deutsche Erdöl	543,00
3½ „ „	50,50	Deutsche Gasglühl.	505,00
4½ Charl. Stadtanl. 89/99	93,80	Deutsche Kali	289,50
4½ Magdb. Stadtanl. 91/06	—	Deutsche Waffen und Mun.	279,00
4½ Sachs. Neulandsch. Pfdbl.	101,00	Donnersmarckhütte	265,00
4½ Preuß. Centr. Bod. Pfdbl.	97,00	Döring & Lehrmann	118,25
4½ Preuß. Hyp Bk. Pfdbl. 1911	—	Dürrkoppwerk	351,00
4½ Dess. Gas Oblig	—	Engelhardt-Brauerei	239,50
4½ Dessauer Gas Obl.	—	Elberfelder Farben	282,00
Ausländ. Werte:		Felten & Guillaume	241,00
4% Oesterr. Kronenrente	29,00	Gasmotoren Deutz	151,00
4½ Ungar. Goldrente	68,25	Gebhard & Co.	—
4½ Ungar. Kronenrente	38,50	Gebhard & König	165,50
		Geisenkirchen Berg.	298,50
		Glauziger-Zuckerfbk	323,00
		Hallesche Maschinbk.	417,00
		Hann. Masch.	399,00
		Harpener Berg	228,25
		Hasper Eisen	217,50
		Hirsch Kupfer	255,50
		Höchster Farbwerke	287,00
		Hoesch Eisen u. Stahl	243,00
		Hohenlohe Werke	139,12
		Humboldt Masch.	141,75
		Ilse Bergbau	360,00
		Kahle Porzellan	426,50
		Kaliw. Aschersleben	218,00
		Körbisd. Zucker-Akt.	216,00
		Kyffhäuserhütte	—
		Lahmeyer & Co.	131,00
		Lauchhammer	179,25
		Leurahütte	182,00
		Linke & Hofmann	390,00
		Ludwig Loewe & Co.	—
		Lothringer Hütte	227,00
		Mannesmannröhren	214,75
		Masch.-Fabr. Buckau	170,00
		Oberschl. Eisenb.-Bd. do. Caro Hag.	157,75
		do. Kokswerke	167,75
		Orenstein & Koppel	258,50
		Phönix Berg	226,00
		Rhein. Metall-Werke	383,00
		Rhein. Stahlwerke	185,00
		Riebeck. Montan	183,00
		Rombecher Hütten	268,00
		Rositzer Braunk.	204,00
		Rositzer Zucker	206,00
		Sangerhäuser Masch.	187,00
		Hus. Schneider A.-G.	234,00
		Schuckert & Co.	218,00
		Siemens & Halske	148,00
		Stettiner Cham.	265,00
		Stettiner Vulkan	226,50
		Stollberger Zinkh.	190,50
		Strals. Spielkarten	251,00
		Thale-Eisenhütte	—
		Triptis Porzellan	309,75
		Türk. Tabakregie	197,00
		Ver. Köln-Rottweiler	355,00
		Ver. Glanzstoff	222,00
		Wegelin & Hübner	788,00
		Werschen-Weißenfelser Braunk.	484,00
Industrie-Aktien:		Westeregeln Alkali	—
Schultheiss-Brauerei	231,00	Wittener Gußstahl	340,00
Akt. f. Anilin	224,00	Wrede Mälzerei	260,50
Allgem. Elektr. Ges.	244,64	Zeitzer Masch.	109,75
Ammendorfer Papierfabrik	530,00	Zellstoff Waldhof	484,00
Anhalter Kohlenw.	318,00	Otavi-Minen	262,00
Annaberger Steingut	229,50		466,75
Badische Anilin	323,00		
Bergmann Elekt. Akt.	176,00		
Berl. Masch.-Bau	231,00		
Bismarckhütte	252,00		
Bochumer Gußstahl	226,50		
Chem.-Fabr. Buckau	—		

Tendenz: fest.

Leipziger Börse.

Leipzig, den 22. Dezember 1919.

Hallesche Zucker-Raffinerie	168,00
Leipziger M. Izlabrik, Schkeuditz	165,00
Landwirtsch. Masch. Zimmermann, Halle	135,00
Mansfelder Gewerkschaft	145,00
Portland, Zementfabrik Halle	106,00
Prehlitzer Braunkohlen Priorit.	83,00
	100,00
	500,00

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Prinsmann; für Sport und Briefkasten: Heinrich Mieschner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Inseratenteil: Otto Bieler.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191223018/fragment/page=0004